



Ulla Schulte - Nah bei den Menschen.

Berlin auf einem Blick...

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

der letzte Newsletter endete mit einem Rückblick auf das vergangene Jahr 2014. Den ersten Newsletter des neuen Jahres möchte ich mit einem Ausblick starten. Allerdings will ich dazu nicht die Kristallkugel bemühen, sondern mich auf die Punkte beschränken, für die mein Ausschuss zuständig ist. Und da steht zu Beginn des Jahres einiges auf der Agenda.

Bereits seit dem letzten Jahr beschäftigen wir uns in den politischen Gremien mit dem Bundesteilhabegesetz. Hier geht es darum, Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wir wollen Menschen mit Handicap aus dem bisherigen Fürsorgesystem herausführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln.

Ein wichtiger Punkt dabei ist die Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche – die sogenannte „Große Lösung“. Der Hintergrund: Bisher gibt es Zuständigkeitsprobleme bei den Ämtern, weil Leistungen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach dem Jugendhilferecht und Leistungen für geistig und körperlich behinderte Kinder und Jugendliche nach dem Sozialhilferecht erbracht werden.

Die Eltern hatten häufig unterschiedliche Ansprechpartner und Anlaufstellen. Das muss vereinfacht werden! Das wird kein leichtes Unterfangen, da es in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Regelungen gibt. Hier hat die Diskussion gerade erst begonnen.



Ein zweites wichtiges Thema im Familienausschuss wird das „Entgeltgleichheitsgesetz“ sein, das Manuela Schwesig bis zum Ende des Jahres durch den Bundestag bringen möchte. Für diesen Prozess bin ich Berichterstatterin. Der Familienausschuss ist federführend in der Beratung. Noch immer gibt es zwischen Männern und Frauen einen Lohnunterschied von ca. 22 Prozent. Diese Lücke wollen wir soweit wie möglich schließen. In den ersten Diskussionsrunden hat sich aber schon angedeutet, dass wir auf einen starken Widerstand bei der CDU/CSU stoßen werden. Hier sind in diesem Jahr noch dicke Bretter zu bohren, um unser Ziel zu erreichen.

Ihre Ulla Schulte



Ulla Schulte - Nah bei den Menschen.

Petitionsrecht

Von der Bitte zum Bürgerrecht

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretungen zu wenden“ – so heißt es im Artikel 17 des Grundgesetzes. Bürgerinnen und Bürger können also mit einem ‚Ersuchen‘ – nichts anderes bedeutet das Wort ‚Petition‘ – die Hilfe des Parlaments für eine persönliche Sache in Anspruch nehmen. Sie können auf Missstände hinweisen oder Verbesserungen vorschlagen.



Seit einigen Jahren gibt es auch sogenannte ‚Öffentliche Petitionen‘. Sie sind ein Kind des Internetzeitalters und werden elektronisch veröffentlicht. Jeder Internet-Nutzer hat dann die Gelegenheit an der Diskussion teilzunehmen, seine Meinung zu äußern und kann mit seiner Unterschrift das Anliegen unterstützen. Der Link <https://epetitionen.bundestag.de/> bietet den Zugang zur Internet-Plattform des Deutschen Bundestages. Nur Petitionen, die über diesen Link beim Deutschen Bundestag eingereicht werden, werden auch von den politischen Gremien behandelt. Und nur durch dieses Verfahren können Gesetzesinitiativen initiiert und Veränderungen erreicht werden.

Die vielen privaten Petitionsplattformen, wie ‚open-Petition‘ oder ‚Change.org‘ bieten vielen Bürgerin-

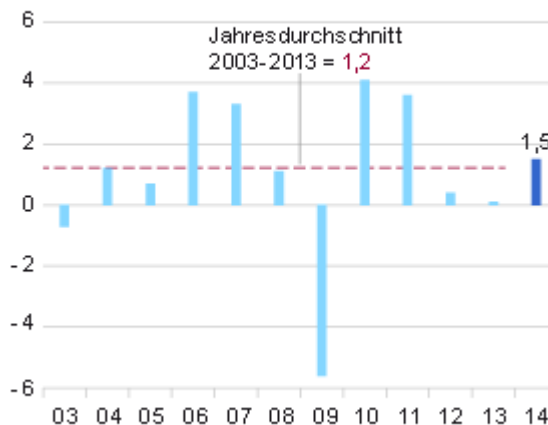
nen und Bürgern lediglich die Möglichkeit ihr Anliegen öffentlich zu machen. Da sie aber nicht an den Deutschen Bundestag gerichtet sind, haben sie nur eine begrenzte Wirkung. Also wichtig: Diejenigen, die mit ihrer Petition eine gesetzliche Veränderung wollen, können das nur über die offizielle Internetseite des Bundestages erreichen.

Wirtschaft

Kompaktinfo: Wirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft ist 2014 stärker gewachsen als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,5 Prozent. 2013 hatte die Wirtschaft mit 0,1 Prozent Wachstum noch nahezu stagniert. Die internationalen Krisen, die schwache Erholung im Euroraum und das mäßige Wachstum in den Schwellenländern haben die deutsche Konjunktur damit kaum beeinträchtigt. Noch im Oktober letzten Jahres hatten die Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesregierung ein Wachstum von 1,2 Prozent für 2014 vorhergesagt.

Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

Gestützt vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau und der insgesamt günstigen Einkommensentwicklung hat der private Verbrauch maßgeblich zum



Ulla Schulte - Nah bei den Menschen.

Wachstum beigetragen. Dank steigender Löhne, dem Mindestlohn, Zuwächsen bei den Sozialleistungen und der geringen Inflation dürfte der private Konsum auch 2015 für anhaltendes Wachstum sorgen. Insgesamt haben sich die Stimmungsindikatoren für Wirtschaft und Konsum merklich aufgehellt.

Die Erwerbstätigkeit und insbesondere die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind 2014 erneut gestiegen. Auch der Ausbildungsmarkt hat sich im vergangenen Jahr leicht verbessert. Dennoch waren bis September 2014 erneut viele Ausbildungsstellen unbesetzt und viele ausbildungsfähige junge Menschen haben keinen Ausbildungsplatz gefunden. Unterschiedliche regionale Präferenzen, Berufswünsche und Qualifikationen führen dazu, dass Stellen und Bewerber oft nicht zusammenfinden. Das müssen wir ändern.

Behindertenpolitik

„Talente entfalten,
Lebensqualität entwickeln!“

Treffen mit Trägern der Behindertenhilfe

Am Rande einer Veranstaltung der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. trafen sich Vertreter von Einrichtungen für behinderte Menschen aus dem Kreis Borken mit mir in Berlin. „Als Berichterstatterin für den Bereich Behindertenpolitik und Contergan nehme ich gerne jede Gelegenheit wahr, mich bei den Praktikern und Fachkräften aus den Werkstätten über ihre Arbeit zu informieren. Das hilft mir, wenn es um eine so komplexe Materie wie das Bundesteilhabegesetz geht“, so Ursula Schulte.

Das Treffen in Berlin wurde ermöglicht, weil die Trägerverantwortlichen der Einrichtungen zu einer Fachtagung der Caritas nach Berlin gekommen wa-

ren und die Chancen eines neuen Bundesteilhabegesetzes diskutierten. Für Dr. Thomas Bröchler und Jürgen Dreyer (Haus Hall), Hans-Georg Hustede (Büngern Technik), Thomas Terhaar (Haus Früchting) und Jürgen Böbisch (Benediktushof) ist denn auch Eines klar: „Es besteht hoher Handlungsbedarf.“



Auf dem Foto von links nach rechts: Jürgen Dreyer (Haus Hall), Jürgen Böbisch (Benediktushof), Hans-Georg Hustede (Büngern Technik), hinter Ulla, Thomas Terhaar (Haus Früchting), Dr. Thomas Bröchler (Haus Hall),

Besonders gefreut habe ich mich über das Angebot von Jürgen Dreyer ihn einen Tag in seiner Werkstatt zu begleiten und ihm über die Schulter zu schauen. Bereits im vergangenen Jahr hatte ich den Einrichtungen einen Besuch abgestattet. „Diesen Vorschlag nehme ich gerne an, weil ich nur so einen tiefen Einblick in die Arbeit der Menschen bekomme und erleben kann, mit welchem Einsatz die Fachkräfte an der Integration arbeiten und welche Probleme die Verantwortlichen in den Einrichtungen jeden Tag zu lösen haben. Diese Erfahrungen kann ich in den politischen Prozess mit einfließen lassen. Schließlich ist gerade auch die Arbeit für Menschen mit Behinderungen ein wichtiger Schlüssel für mehr Lebensqualität.“

Ulla Schulte - Nah bei den Menschen.

Regionale Förderung

Gute Nachrichten für den Wahlkreis THW und Schulen profitieren

Guten Nachrichten gab es für das THW Bocholt / Borken und für einige Schulen aus meinem Wahlkreis. Das Technische Hilfswerk profitiert vom 2015 startenden Bau- und Sanierungsprogramm des Bundes. In der jetzt beschlossenen Prioritätenliste steht ‚schwarz auf weiß‘, dass der THW-Ortsverband einen Anbau für seine KfZ-Halle erhält. Ein Baubeginn im laufenden Jahr rückt damit näher. Möglich wird die Maßnahme durch ein Sonderprogramm für das THW, das der Haushaltsausschuss des Bundestages im November beschlossen hat.



Foto: Technisches Hilfswerk

Auch für einige Schulen im Wahlkreis gibt es eine wichtige Unterstützung. In diesem Jahr startet das ESF-Bundesprogramm zur Berufseinstiegsbegleitung. Mit rund 1 Milliarde Euro wird der erfolgreiche Einstieg in den Beruf für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler finanziert. Die Bundesagentur für Arbeit fördert Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen, die zum Förder-, Haupt- oder gleichwertigen Schulabschluss führen. Laut Projektliste zählen dazu die St. Georg-Schule in Vreden, die Losberg-Schule in Stadtlohn, die Don-

Bosco-Schule in Gescher, die Remigiusschule in Borken sowie aus Bocholt die Hohe-Gierhorst-Schule, die Hauptschule an der Karolingerstraße und die Melanchthonschule. Ziel ist es, keinen Jugendlichen auf dem Weg zu einer Schulausbildung bzw. einem Berufsabschluss zurückzulassen.

Integration

Flüchtlingsintegration in Rhede „Wie kann der Bund unterstützen“

Gemeinsam mit meinem Parteikollegen, dem Rheder Stadtverordneter Hermann Thomas traf ich mich im Rathaus Rhede zu einem Erfahrungsaustausch mit Verwaltungsvorstand Hubert Wewering, Reinhard Schneider und Ulrich Wissing zum Thema Flüchtlingsintegration in Rhede.



Foto Rhede: v. l. Ursula Schulte, MdB, Hubert Wewering Verwaltungsvorstand, Reinhard Schneider, Fachbereichsleiter Schule und Soziales und Ulrich Wissing, zuständig für soziale Sicherheit und Integration im Sozialamt Rhede

In einem Gespräch beim Amt für Ausländerangelegenheit habe ich mich über die derzeitige Situation der Flüchtlinge im Kreis Borken informiert. Dabei kamen unter anderem die Themen der Unterbringung, die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge, Sprachkurse, Gesundheitskontrol-



Ulla Schulte - Nah bei den Menschen.

len, die geduldeten Asylbewerber und die gesetzlichen Auswirkungen der sicheren Herkunftsländer zur Sprache“.

Reinhard Schneider von der Rheder Stadtverwaltung gab einen Überblick über die Kostensituation der Unterbringung und dem Versuch ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen, um die Betreuung der Flüchtlinge sicherzustellen. Dabei hob er das Interesse von rund 30 Ehrenamtlichen bei einer Infoveranstaltung hervor, die im Februar zu einer weiteren Veranstaltung eingeladen werden. Die Rheder Sportvereine und alle kirchlichen Organisationen beteiligen sich an der Integration der Neuankömmlinge in Rhede.

Nach dem Gespräch besuchten wir mit Vertretern der Stadtverwaltung eine Flüchtlingsunterbringung im Neubaugebiet Schlatt. Bei diesem Besuch trafen wir auch Flüchtlinge aus Afrika und Syrien.

Als Schlussfazit waren wir uns einig, dass der Bund die Kommunen mehr entlasten müsse. Die Übernahme der Krankheitskosten durch den Bund wären als gesamtstaatliche Aufgabe eine Entlastung für die Kommunen.

Im Ergebnis dieses Termins und des Gespräches beim Ausländeramt des Kreises Borken haben wir zu einem „Runden Tisch“ eingeladen. Mehr als 30 Ehrenamtliche Kräfte, die aus von ihren täglichen in der Flüchtlingsarbeit berichteten, nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Ortsvereine

Ortsvereine des Wahlkreises 126 treffen sich in Südlohn-Oeding

Es ist eine gute Tradition, dass sich die Ortsvereinsvorsitzenden des Wahlkreises 126, Borken II, zu einem Meinungsaustausch treffen. Am letzten Januar-Wochenende hatte Ulla Schulte in das Burghotel Pass nach Oeding eingeladen.

Bei diesem Treffen ging es in erster Linie um die im Wahlkreis derzeit aktuell diskutierten Themen. Auf der Tagesordnung standen u.a. Fragen zur Flüchtlingspolitik, der Umgang mit den Förderschulen, das Thema Landwirtschaft sowie die Jahresplanung für 2015.



Bereits fest im Kalender steht die Podiumsdiskussion zum Thema Sterbehilfe am 15. April 2015 mit Franz Müntefering und Prof. Dr. Gerhard Pott. Weiterhin sind Veranstaltungen mit der Beauftragten für Behindertenpolitik Verena Bentele zum Thema ‚Ausbildung und Behinderung‘, mit Rolf Kapschak zum Thema ‚Minijobs, Mindestlohn und Arbeitsmarkt‘ sowie Gespräche mit den Ortslandwirten geplant.

Ursula Schulte: „Wir nutzen die Gespräche mit den Ortsvereinen, um Themen aufzugreifen, die den Menschen vor Ort auf den Nägeln brennen und wo wir Antworten geben wollen. Schließlich machen wir in Berlin Politik für die Bürgerinnen und Bürger. Und deshalb brauchen wir auch den intensiven Kontakt in den Wahlkreis.“

ViSdP:

Herausgeber

Ursula Schulte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
(T) 030 227 - 74456

Redaktion:

Frank Liese, Manfred Kuiper

Fotos:

Foto-Bildstelle Deutscher Bundestag, Frank Liese, Daniel Overkamp, Brigitte Giersberg, Manfred Kuiper